

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verlagspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen (Nach der Arbeit) und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung
Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.
Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Nonoparalleleize 30 Pf., die 40 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Werbefreilegung 10 Pf.

Nr. 215 Dresden, Dienstag den 15. September 1925 36. Jahrg.

Parteivorstandsbericht und Sachsenkonflikt

(Von unserm Sonderberichterstatter) Heibelberg, 14. September.

Zum Kleinsten ist oft die Welt am interessantesten, mindestens aber am leichtesten faß- und greifbar. Wenn man sich aber nach diesen Kleinigkeiten, die eben nicht nur Bagatellen sind, auf dem Heibelberger Parteitag orientieren will, dann darf man zu dem sicheren Schluß kommen, daß kein Parteitag mehr als dieser ein Parteitag der Arbeit, der nüchternen und durchaus nicht leichten Erledigung schwererer und umfangreicher Aufgaben innerhalb und außerhalb des Kongressplenums darstellen wird. Nicht nur, daß die — in jedem andern Falle würde man sagen stattliche — Reihe von 213 Anträgen (außer den noch kommenden) zu absolvieren ist. Das eine Symptom: Gleich beim Empfang wurde jedem Delegierten für den Preis von fünf Pfennigen eine kräftige, solide und zu umfangreichem Gebrauch verwendbare Kaffetasche überreicht. Das zweite Symptom: Der Sitzungsaal ist ganz „trodengelegt“. Selbst eine Tasse Kaffee dürfen sich Delegierte und Journalisten nur außerhalb der Partei-Werkstatt admen, und das ausgerechnet in der Stadt Peters, des Jüwerges...

Meinung und Darstellung jetzt dem Parteivorstand vorzulegen, um zum Konfliktende zu kommen, plädiert für diesen Gedanken möglicher Gewichtsverteilung. Sie enthält folgenden: 1. Wiederherstellung der Fraktionseinheit bis auf weiteres. 2. Auflösung des Landtages. 3. Niederlegung aller Anträge und Aufhebung aller Organisationsmaßnahmen, die aus dem Konflikt hervorgegangen sind. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl, zwar ohne formelle Bindung der Organisation, aber unter Berücksichtigung aller Minderungen. So sieht der Parteivorstand die Möglichkeiten eines konfliktlösenden An. Aber schließlich ist das ja eben Aufgabe der Kommission, zu beurteilen, ob solche Möglichkeiten realisierbar sind und ob insbesondere jene auf unerbittliche Verweigerung des Parteivorstandes politisch erträglich ist...

alles nur in allem — kam der Parteitag nicht, so zwingend auch Lipinski Einzelargumente waren und so sichtbaren Eindruck seine Autorität auch auf den Kongress machte.

Zur Stunde, da dies geschrieben wird, togt bereits die Sachsenkommission. Wird sie die Hoffnungen erfüllen, die gerade auf diesen Parteitag gesetzt worden sind?

Der erste Verhandlungstag

Heibelberg, 14. September. (Fig. Draht.) Der erste Verhandlungstag wird unter zahlreicher Beteiligung um 9 1/2 Uhr von dem Genossen Wels eröffnet. Wels verliest zunächst ein Begrüßungsgramm des Reichsbanners Schwarz-Motz-Hold. Der Parteitag tritt dann in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung, „Bericht des Parteivorstandes“, ein. Wels teilt hierzu mit, daß die Aussprache über den Sachsenkonflikt mit diesem Punkt der Tagesordnung so erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten werden. Die Redezeit wird für sie auf eine Stunde festgesetzt. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigt diesen Vorschlag einstimmig. Dann erhält das Wort der Berichterstatter

Johannes Stelling

In einer Epoche der weltpolitischen und wirtschaftlichen Wäkung bildet die letzte Periode nur einen kurzen Abschnitt. Tausend der Sozialdemokratie, sind wir auf dem Wege der Befreiung Europas ein gutes Stück vorwärts gekommen. Der Garantiepakt soll die Bahn ebnen für ein freundschäftliches Verhältnis zu Frankreich. Daß hierbei auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in einer alle befriedigenden Weise gelöst wird, ist auch unser Wunsch. Die Sicherung des Weltfriedens ist die Voraussetzung dafür, daß wir auch wirtschaftlich wieder vorankommen. Die Wirtschaftskrise in Deutschland muß sich um so unheilvoller auswirken, als die herrschende reaktionäre Politik eng verbunden ist mit den Profitinteressen der Kapitalisten und Agrarier. Bollwocher und Steuerpolitik zeigen das nur zu deutlich. Die Konzentration des Großkapitals nimmt entsprechend der Prophezeiung Marx' immer mehr zu. Unsere Politik ist nun ein Fortschreiten auf der Bahn, die wir seit Jahrzehnten verfolgt haben, die uns groß und stark gemacht hat und die uns den endlichen Sieg verbürgt. Darüber sollten sich auch unsere radikalen Genossen klar sein, daß wir nur vorwärts kommen, wenn wir die Dinge so ansehen, wie sie sind. Daß das leider nicht immer der Fall ist, beweisen einige dem Parteitag vorliegende Anträge, z. B. ein Antrag von Frankfurt a. M., nach dem in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Führung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen. (Hört, hört!) Warum müßt ihr Frankfurter, die ihr doch ganz liebe und gute Genossen seid, euch auch auf diesem Parteitag wieder blamieren? Auf dem vorigen Parteitag geschah dies mit eurem Antrag auf Ausschluß des Genossen Ebert. Ich hatte gehofft, daß die Abweisung die ihr damals beschlossen habt, helfen würde und daß in Zukunft nur noch vernünftige Anträge aus Frankfurt kommen würden, die von dem nötigen Verantwortungsgefühl zeugen. Leider habe ich mich getuscht. Der Antrag geht von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Er will die Grundlagen für einen neuen Aufstieg der Partei, aber ist denn die Partei im Abzug und Abstieg begriffen? (Sehr gut!) Man wird auf den Mitgliederberichtsfragen hinwirken. Aber Parteigenossen, die in der Bewegung stehen, müßten doch wissen, daß wir in einer Periode der Arbeit und Arbeitlosigkeit standen, daß die Inflation noch nachwirkte, daß die Genossen durch die Wahlen stark in Anspruch genommen waren.

Bei den drei großen Wahlkämpfen des Jahres feigerten wir unsere Stimmzahl von 20 auf 26 und auf 29 Prozent.

Wäre es nicht besser, die Frankfurter hätten offen und ehrlich gesagt, daß ihnen die ganze Richtung nicht paßt? Es ist Zeit, daß der Teil der Frankfurter Arbeiterkraft, der die Organisation in jähler Kleinarbeit aufgebaut hat, die „Partizipation“ auf den rechten Weg zurückführt. Der rechte Weg sind echte Kameradschaftlichkeit und volles Verantwortungsgefühl.

Daran hat es auch sonst manchmal gefehlt. Ich denke an den Magdeburger Prozeß und das damit zusammenhängende. Unser Freund Ebert würde heute wieder unter uns wirken, wenn nicht die Gegner durch ihre schmähliche und schmutzige Kampfmethode seine Gesundheit untergraben hätten. Auch die Paralyse war ein Instrument der Reichspräsidentenwahl! Aber gewisse Parteigenossen haben manchmal vergessen, was eigentlich die Parteibeschäftigte. Man wußte, daß ein Prüfungsausschuß der Partei eingesetzt war und nichts verheimlicht werden konnte. Trotzdem diese Angriffe in der Presse! Diese Genossen sollten sich wenigstens einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob ihr Verhalten richtig war, und wenn sie ehrlich und objektiv mit sich selbst zu Rate gehen, werden sie ihre Fehler einsehen und in Zukunft das Interesse der Arbeiterbewegung bei ihren Anträgen berücksichtigen. Der Antrag Nr. 214 des Parteivorstandes des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, der gewählten Körperschaften, den Parteigenossen die Annahme von Aufsichtsratsposten zu unterlegen, ist grundsätzlich in der ersten Sitzung dieser Körperschaften beschlossen worden, die sich mit diesen Fragen befaßt haben.

Der Sachsenkonflikt

unmöglich die Formen annehmen können, die er heute hat. Der Vorstandbericht liefert ganz exakte chronologische Entwürfe und Verlauf des Konflikts. Unsprungen ist der Streit aus der großen Beteiligung an Koalitionsregierungen. Ein Begrüßungsartikel eines sächsischen Parteiblattes fand, daß diese Auffassung die Kernfrage des Parteitages sein müsse. Am

Die Beteiligung heute, am ersten Werktag des Kongresses, ist kaum geringer als gestern bei der mehr zeremoniellen und demonstrativ-feierlichen Überreichte. Die Galerie ist ganz besetzt. Die Delegierten sitzen dicht gedrängt und allen den großen Saal bis zum letzten Platz. Was uns besonders interessiert: Die Dreihundzwanzig sind fast ausschließlich mit im Saal; genau in der den Seiten der sächsischen Delegierten entgegengesetzten Ecke des Saales, vom Präsidententisch aus gesehen „ganz rechts“, haben sie sich niedergelassen. Symbol? Auf jeden Fall denkt niemand auf dem Kongress, wie auch niemand vorher daran gedacht hat, warum das Recht der Verteidigung irgendwie zu verkürzen. Warum sie bei dieser Sachlage, die von vornherein bölig war, Platten im sächsischen Land, vom Vogtlande bis zu den Pflanzern Bergen, zirkulieren ließen und Unterschriften für die Genehmigung der Medefreiheit an sie mit großem Eifer sammelten, ist schließlich unerfindlich.

Stellings Vorstandsbericht ist fast zur Hälfte eine Verteidigung mit dem Sachsenkonflikt. Man merkt also die Ungewöhnlichkeit, daß es schon bei den Vorstandsberichten, bei denen es sonst nicht allzu Aufregendes zu geben pflegt, lebendig wird. Was Genosse Stelling über die Art, wie der Parteivorstand die sächsischen Frage zu erörtern gedenkt, sagte, war wohl den meisten Delegierten, mindestens den sächsischen Genossen, nichts Neues. Daß beim Parteivorstandsbericht zwei Redner, einer von der sächsischen Partei und einer von der Landtagsmehrheit, mit dem Kongress Redezeit sprechen sollten, daß dann unter Abbruch der weiteren Debatte über die Angelegenheit eine sächsischen Kommission zu wählen sein würde, die das Ergebnis ihrer Arbeit am Schluß des Parteitages zur öffentlichen Diskussion stellen muß, war schon am Sonntagabend von den Instanzen (Parteivorstand und Parteiausschuß) beschlossen worden, ohne auf irgendeinen Widerspruch zu achten. Neu war dagegen, was Genosse Stelling zur sächsischen Seite des Konflikts zu sagen wußte, schon deshalb, weil es sich einigermaßen von dem entfernte, was der Parteivorstand selbst und mit ihm also auch Stelling im gedruckten Vorstandsbericht dazu bemerkt hatten. Nach Stellings Rede über die Organisationsverteilung fast allein die Sündenböcke, die einer Erledigung des Konflikts immer aufs neue Schwächen bereiten. Bei dieser Darstellung, wenn sie schon überhaupt anwendbar wurde, mußte dann die doch aus dem Parteivorstand selbst und mit ihm also auch Stelling im gedruckten Vorstandsbericht dazu bemerkt hatten. Nach Stellings Rede über die Organisationsverteilung fast allein die Sündenböcke, die einer Erledigung des Konflikts immer aufs neue Schwächen bereiten. Bei dieser Darstellung, wenn sie schon überhaupt anwendbar wurde, mußte dann die doch aus dem Parteivorstand selbst und mit ihm also auch Stelling im gedruckten Vorstandsbericht dazu bemerkt hatten.

Wenn die Tatsache, daß die Organisationsvertreter in Dresden und Chemnitz-Zwickau gegen den Sinn des Organisationsbehaltens gehandelt hätten, als sie die dortigen Schiedsgerichte verweigerten, polemisierte Genosse Stelling nicht. Darauf, daß die Medaille schon vorher ihre Feindschaft ausdrückt, das Verhalten der Dreihundzwanzig erhalten hatte, wurde er sich aber erst auf Zurufe aus der Mitte der sächsischen Organisation entfalten. Alles in allem: Der Parteivorstandsbericht war offenbar bestrahlt, die an sich gewiß nicht günstige Lage der Dreihundzwanzig auf dem Parteitag nicht noch zu verschlimmern, sondern im Gegenteil ihre Position zu stärken. Welche er so die Basis für einen Ausgleich, der, wie er das selbst psychologisch formuliert, keinen Sieger und keinen Besiegten kennen dürfe? In der Tat, die Einigung der Einigungsbasis, so wie sie nach Stellings

Stellungnahme und Darstellung jetzt dem Parteivorstand vorzulegen, um zum Konfliktende zu kommen, plädiert für diesen Gedanken möglicher Gewichtsverteilung. Sie enthält folgenden: 1. Wiederherstellung der Fraktionseinheit bis auf weiteres. 2. Auflösung des Landtages. 3. Niederlegung aller Anträge und Aufhebung aller Organisationsmaßnahmen, die aus dem Konflikt hervorgegangen sind. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl, zwar ohne formelle Bindung der Organisation, aber unter Berücksichtigung aller Minderungen. So sieht der Parteivorstand die Möglichkeiten eines konfliktlösenden An. Aber schließlich ist das ja eben Aufgabe der Kommission, zu beurteilen, ob solche Möglichkeiten realisierbar sind und ob insbesondere jene auf unerbittliche Verweigerung des Parteivorstandes politisch erträglich ist...